

Schweiz

16:29 -- Tages-Anzeiger Online

Die Schweiz und der CO2-Ausstoss

Die Schweiz tut sich schwer mit konkreten Massnahmen zur Senkung des CO2-Ausstosses. Dazu hat sie sich am Umweltgipfel von Rio 1992, im Kyoto-Protokoll von 1997 sowie im CO2-Gesetz verpflichtet. Hier die wichtigsten Schritte:

1. Mai 2000: Das CO2-Gesetz tritt in Kraft. Der CO2-Ausstoss soll bis 2010 um zehn Prozent gegenüber 1990 gesenkt werden - mit freiwilligen Massnahmen, notfalls mit einer Lenkungsabgabe auf Brenn- und Treibstoffen.

24. Sept. 2000: Zusammen mit der Solarinitiative werden auch die Vorlagen über eine Förderabgabe (zu Gunsten erneuerbarer Energien) und die Grundnorm für eine ökologische Steuerreform in der Eidg. Abstimmung abgelehnt.

30. Jan. 2001: Bundespräsident Leuenberger lanciert das Programm EnergieSchweiz, Nachfolgeprogramm von Energie 2000. Es dient als Grundlage für Vereinbarungen zwischen Bund, Wirtschaft und Energieagenturen über freiwillige Massnahmen zum Energiesparen und zur Senkung des CO2-Ausstosses.

Oktober 2002: Das Bundesamt für Energie stellt in einer Bilanz von EnergieSchweiz fest, dass die freiwilligen Massnahmen nicht ausreichen, um die Vorgaben des CO2-Gesetzes bis 2010 zu erreichen.

Herbst 2002: Die Erdölvereinigung schlägt als Alternative zur CO2-Lenkungsabgabe den «Klimarappen» auf jeden Liter verkauftem Treibstoff vor. Von den Einnahmen sollen zwei Drittel für Massnahmen im Inland eingesetzt werden, ein Drittel im Ausland zur Reduktion von Treibhausgasen.

9. Juli 2003: Nach Ratifizierung durch das Eidg. Parlament tritt die Schweiz als 111. Staat dem Kyoto-Protokoll bei.

Okt. 2004: Obschon Wirtschaft und Umweltverbände den Bundesrat auf eine klare Entscheidung zwischen Klimarappen und CO2-Abgabe drängen, schickt dieser vier Varianten in die Vernehmlassung. Zwei setzen auf eine CO2-Abgabe, eine verbindet CO2-Abgabe und Klimarappen, und eine setzt allein auf den Klimarappen.

Jan. 2005: In der Vernehmlassung treten Umweltverbände, Wissenschaftler und die Linke für die CO2-Abgabe ein, die Wirtschaft, Autoverbände und die bürgerlichen Parteien sprechen sich mehrheitlich für den Klimarappen aus. Mehrere Kantone sind für eine Kombination beider Elemente.

23. März 2005: Der Bundesrat spricht sich für die Kompromiss- Variante aus: CO2-Abgabe von 9 Rappen pro Liter Brennstoff und (auf Probe) ein Klimarappen auf den Liter Treibstoff.